



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Nach Amoktaten rasch und besonnen reagieren – Gesundheit und Sicherheit im Blick haben

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- die psychosoziale Versorgung geflüchteter Erwachsener und Kinder auszubauen und finanziell besser auszustatten,
- im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit Verbindungsbeamtinnen und Verbindungsbeamte in den Flüchtlingsunterkünften einzusetzen, um schnell auf aufkeimendes Gewalt- und Radikalisierungspotenzial zu reagieren.

Begründung:

Nicht allein das Messerattentat in Würzburg am 25.06.2021, auch der gewaltsame Tod eines Gemeinschaftsunterkunft-Bewohners in Kitzingen Mitte Dezember 2021 oder der Messerangriff im ICE Anfang November 2021 zeichnen ein deutliches Bild – psychisch bedingte Gewalttaten durch traumatisierte Geflüchtete sind zu einem unausweichlichen Thema geworden. Um ihnen begegnen zu können, fehlt es an Diagnose- und vor allem an geeigneten Behandlungsmöglichkeiten.

Eine qualifizierte niedrigschwellige Unterstützung der geflüchteten Erwachsenen und Kinder hilft nicht nur gezielt den besonders schutzbedürftigen Betroffenen, sie erspart häufig auch spätere Kosten und vermeidet eine Verschlimmerung oder eine Chronifizierung des Leidens. Dazu braucht es eine gezielte Beratung und Unterstützung seitens der psychosozialen Zentren. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Zentren neben der Beratungs- und Behandlungsarbeit auch Qualifizierungsmaßnahmen innerhalb und außerhalb der Beratungseinrichtungen organisieren können. Damit sorgen sie für eine erhöhte interkulturelle Kompetenz sowie umfangreiche Kenntnisse über die Versorgung traumatisierter Flüchtlinge bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der medizinischen und psychotherapeutischen Regelversorgung, in der Betreuungsarbeit vor Ort und bei den zuständigen Verwaltungseinrichtungen. Diese wichtige und notwendige Fort- und Weiterbildungsarbeit muss ebenfalls ausreichend finanziert werden. Wir fordern deshalb eine verbindliche finanzielle Absicherung und den Ausbau der Psychosozialen Zentren in Bayern, dazu bedarf es jedoch einer verbindlichen Finanzierungsregelung durch den Freistaat. Dies kann zum Beispiel durch eine jährliche Zuwendung für Personalkosten und anteilmäßig für Betriebs- und Verwaltungskosten geschehen. In Bayern stehen dem enormen Bedarf an psychosozialer Betreuung zwei Psychosoziale Zentren für Geflüchtete gegenüber – Refugio München und das PSZ Nürnberg.

Auf der anderen Seite braucht es auch in den Flüchtlingsunterkünften Verbindungsbeamtinnen und Verbindungsbeamten der Polizei, die in der Zusammenarbeit mit Beratungsstellen und Behörden bei Anzeichen von Gewalt und Radikalisierung schnell reagieren können. Die Einleitung von Maßnahmen braucht eine stärkere Aufmerksamkeit auch für psychische Erkrankungen. Wir fordern neben der Stärkung der Psychosozialen Zentren ein enges Netzwerk an Angeboten, insbesondere aus dem Bereich Kinder – und Jugendhilfe, um Betroffenen Beratungs- und Ausstiegsangebote zu unterbreiten. Die Information über diese Angebote muss deutlich verbessert werden.